

Das unruhige Land

Es ist an der Zeit, gegen die Ideologen des Hasses aufzustehen | Von Ulrich Deppendorf

Es waren friedliche Szenen – tausende Menschen standen vor dem Reichstagsgebäude, neben mir sagte ein älterer Herr: „Nie war er [der Reichstag] dem Volk so nahe wie jetzt.“ Das war im Sommer 1995, Christo hatte den Reichstag verhüllt. Häufig, wenn ich später vor dem Gebäude stand oder aus ihm berichtete, musste ich an diesen Satz denken. Das Bild des verhüllten Reichstags ging um die Welt, ein Symbol bis heute für ein friedlich wiedervereinigtes Land.

Es waren Bilder des Chaos, es waren verstörende Bilder, als am 29. August 2020 entfesselte Demonstrationen gegen die Anti-Corona-Politik der Bundesregierung, aufgepuscht durch Fake-News, versuchten, in den Reichstag zu gelangen. Am Ende verhinderten drei tapfere Polizisten vor den Türen das Eindringen in das Parlamentsgebäude. Die Bilder gingen um die Welt – ein Symbol für ein unruhiges Land oder nur ein Ausreißer?

Es war kein Ausreißer. Die bestürzenden Szenen zeigten vielmehr so deutlich wie nie zuvor, wie aufgewühlt, wie unruhig dieses Land, ausgelöst durch Covid-19 und die Welt der Internet-Kommunikation, geworden ist. Sie zeigten auch, dass zwar die Mehrheit der Bevölkerung – 87 Prozent laut ARD-Deutschlandtrend – die Schutzmaßnahmen der Bundes- und Landesregierungen gegen das Virus für angemessen oder sogar für nicht hinreichend streng genug halten, dass sich diese Mehrheit aber im Zeitalter der Fake-News-Blasen, der Echokammern der Verschwörungstheoretiker und besonders der rechtsradikalen Gruppierungen nicht mehr in der öffentlichen Wahrnehmung durchsetzen kann.

Die Provokateure der Rechtsradikalen und Verschwörungstheorien haben sich an die Spitze der Proteste gesetzt. Wer mit ihnen zusammen demonstriert oder sie – wie die sich Querdenker nennenden Veranstalter –



Der Blick auf den Plenarsaal – von der „Kuppel der Demokratie“.

auftreten lässt, der weiß, was er tut, der weiß, mit wem er den Reichstag „erstürmen“ will. Da hilft auch keine wohlfeile Distanzierung. Mit der Reichsfahne, der Reichskriegsfahne und mit der russischen Fahne in der Hand fordern sie zum „Widerstand“ gegen die „Diktatur“ der Regierenden in diesem Land.

Die Demonstranten, die ihre Verbundenheit mit Russland bekunden, würden unter Putin oder Lukaschenka kaum in Freiheit bleiben. Der nun bewiesene Giftanschlag auf den Putin-Gegner Alexej Nawalny zeigt, welchen brutalen Unterdrückungsregimen Teile dieser Querdenker und Verschwörungstheoretiker hinterherlaufen.

Die irrlirchenden Gruppen vor dem Reichstag wissen nicht, was eine wirkliche Diktatur für die Menschen bedeutet – von der haarsträubenden Geschichtsvergessenheit und Geschichtsklitterung ganz zu schweigen.

Diese „Bewegung“ wird zusehends internationaler. Es waren nicht nur russische Fahnen vor dem Reichstag und dem

Brandenburger Tor zu sehen, sondern auch verstärkt US-Flaggen. Trumps Lügen- und Verschwörungspolitik greift um sich auch im deutschen Rechtsradikalen- und Verschwörungslager. Das Internet wird dabei mehr und mehr zu einer Waffe. Demagogen und Diktatoren nutzen Social Media für ihr gesellschaftliches Zerstörungswerk. Das gilt für Putin genauso wie für Trump. Besonders der US-Präsident ist mittlerweile die Inkarnation des politischen Hasses geworden. Er zerstört damit den Zusammenhalt in einem der großartigsten

Länder der Welt. Und er könnte noch mehr zerstören.

Dieser Gefahr müssen wir uns alle entgegenstemmen. Gefragt sind jetzt auch diejenigen, die aus durchaus berechtigtem Interesse – seien es Eltern, Lehrer, Künstler, Selbstständige, Gastronomen, Mittelständler oder noch andere Gruppen – gegen die Anti-Corona-Maßnahmen der Regierenden in Bund und Ländern demonstrieren – mit Maske und Abstand. Und vor allem Anstand.

Wir alle müssen den politischen Hass bekämpfen. Er äußert sich mehr und mehr auch auf Straßen und Plätzen, bei Kundgebungen, im Alltag.

Wir müssen uns gegen diesen Hass – wo immer es notwendig ist – konsequent stemmen. Wir müssen uns von den Rechtsradikalen, von den Neonazis und Verschwörungstheoretikern distanzieren, mit ihnen darf es keine gemeinsamen Demonstrationen mehr geben. Erst recht keine gemeinsame Organisation von Veranstaltungen und Demonstrationen.



ULRICH DEPPENDORF
ist Herausgeber des HAUPTSTADTBRIEFES. Bis April 2015 war er Studioleiter und Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Sensationen

Ob der Terminus „Deutscher Herbst“, der bislang die Zeit der Terroranschläge 1977 kennzeichnet, bald einen neuen Inhalt erhält? Volatil wie nie sind die Verhältnisse zu Beginn dieser politischen Herbstsaison, die mit der bevorstehenden Sitzungswoche des Bundestages eröffnet wird. Symbolischer Ausdruck dafür ist weniger der Umstand, dass vor gut einer Woche unter angeblicher Anführung einer mutmaßlichen Heilpraktikerin aus der Eifel einige hundert Menschen, teils schwarz-weiß-rote Fahnen der Demokratiefeinde schwenkend, die Treppe zum Westeingang des Parlamentsgebäudes, seit jeher „Reichstag“ genannt, hinaufstürmten und einer von ihnen hyperventilierende, das umgehend bis ins Fernsehen hinein publik wurde. Symbolischer Ausdruck der Verhältnisse ist vielmehr die Tatsache, dass ein Jahr (!) vor der Bundestagswahl ein – die künftige Zahl der Abgeordneten regelndes – Wahlgesetz noch nicht verabschiedet ist, sowie die Aussicht, dass der CDU/CSU/SPD-Gesetzentwurf, sollte er tatsächlich beschlossen werden, auf Antrag von Grünen, Linkspartei und FDP beim Bundesverfassungsgericht landet. Mit welcher Folge auch immer. Es herrscht Wahlkampf. Auf allen Ebenen.

Wer gegen wen? Immerhin die SPD hat Klarheit geschaffen, indem sie Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten ernannt hat, was ihr aber, laut Umfragen stabil auf Platz drei liegend, bisher nichts genutzt hat. Die Grünen halten sich diese Sache offen – wahrscheinlich bis ins nächste Jahr hinein, obwohl (oder gerade weil?) sie mehr Anlass als die SPD haben, einen Kanzlerkandidaten zu präsentieren. Die beiden Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck machen es unter sich aus, und zwar ohne Mitgliederentscheid, was für die Partei eine – Reibungsverluste vermeidende – Sensation ist. Die CDU scheint blendend dazustehen. Geblendet von den Demokopen? Immer noch ist Angela Merkel amtierende Chefin, obwohl ihr längst nicht mehr alles gelingt. Auch die Linkspartei wählt eine neue Spitze, was Auskunft über ihre grün-rot-rote Koalitionsfähigkeit geben wird. Und auch der FDP steht ein Parteitag bevor, ebenfalls mit der Frage, ob und mit wem sie einmal regieren will. Werden zum Weihnachtsfest – unter dem Regime von Masken im Parlament und auf Parteikongressen – mehr Klarheiten geschaffen worden sein? Zu Beginn des deutschen Herbsts 2020 ist nicht mal das sicher.

Wer arm ist, muss eher sterben

Offenbarungseid: Die sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie | Von Christoph Butterwegge

Seuchen haben in der Vergangenheit oftmals zur Verringerung der Ungleichheit beigetragen, wenn auch meistens nur für kurze Zeit. Dies attestiert man etwa der mittelalterlichen Pest, die unzählige Menschen dahinraffte. Während die Lebensmittel-, Boden- und Immobilienpreise wegen ausbleibender Käufer sanken, stiegen nämlich wegen fehlender Arbeitskräfte die Löhne. Anders verhielt es sich bei Cholera, Typhus und Tuberkulose, den bakteriell ausgelösten Epidemien des 19. Jahrhunderts. Davon wurden Menschen am stärksten getroffen, deren Arbeitsbedingungen hunds miserabel und/oder deren Wohnverhältnisse hygienisch bedenklich waren.

Bei dem neuartigen, als SARS-CoV-2 bezeichneten Coronavirus erhöhen problematische Arbeitsbedingungen und beengte Wohnverhältnisse ebenfalls das Infektionsrisiko. Wie die Cholera hat Corona besonders Immun- und Einkommensschwache heimgesucht, zu denen Obdach- und Wohnungslose, aber auch andere Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften, etwa Gefangene und Geflüchtete sowie ausländische Werkvertragsarbeiter deutscher Großschlachtereien und Saisonarbeiter in der Landwirtschaft, gehören. Bisher galt wegen der niedrigen Lebenserwartung von Armen, die in Deutschland rund zehn Jahre unter der von Reichen liegt, die zynische Faustregel: Wer arm ist, muss früher sterben. Seit der Coronapandemie gilt dies in

einer leicht modifizierten Fassung, die lautet: Wer arm ist, muss eher sterben.

SARS-CoV-2 hat die hierzulande existierende Ungleichheit in den vergangenen Monaten nicht bloß schlaglichtartig beleuchtet, sondern im Zusammenspiel mit dem Lockdown, der ihm folgenden Rezession und den staatlichen Hilfspaketen auf manchen Gebieten noch vorangetrieben. Das betrifft sowohl die Einkommens- und Vermögensverteilung wie auch den Bildungs-, den Gesundheits- und den Wohnbereich.

Schon vor der Pandemie besaßen 45 hyperreiche (Unternehmer-)Familien laut Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung, also über 40 Millionen Menschen. 67 Prozent des Nettovermögens entfielen auf das oberste Zehntel der Verteilung, 35 Prozent konzentrierten sich auf das reichste Prozent der Bevölkerung, und das reichste Promille kam immer noch auf 20 Prozent des Nettovermögens. Den Gini-Koeffizienten bezifferte das in Verteilungsfragen renommierteste Institut unseres Landes auf 0,83. Dieses nach einem italienischen Mathematiker benannte Ungleichheitsmaß beträgt 0, wenn alle Bewohner das Gleiche besitzen, und erreicht 1, wenn einem alles gehört. Selbst in den USA – nicht gerade Musterbeispiel einer sozialen Marktwirtschaft – liegt der Vergleichswert nur ganz knapp über dem bundesdeutschen.

Zwar brachen die Aktienkurse nach Beginn der Covid-19-Pandemie vorübergehend ein, dramatische Verluste erlitten aber vor allem Kleinaktionäre, die ohnehin zu Panikreaktionen und überhasteten Verkäufen neigen. Hedgefonds und Finanzinvestoren, die erfolgreich auf fallende Aktienkurse gewettet hatten, profitierten hingegen von den Einbußen der Kleinanleger. Ergänzungskäufe zu relativ niedrigen Kursen bescherten ihnen ebenfalls Gewinne, weil der Trend in Erwartung staatlicher Konjunkturprogramme bald wieder nach oben zeigte.

Obwohl die Schieflage beim Einkommen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,29 hierzulande deutlich weniger ausgeprägt war als beim Vermögen, kam ein großer Teil der Bevölkerung während des Lockdowns entgegen allen Beteuerungen, bei der Bundesrepublik handle es sich um eine „klassenlose“ Gesellschaft mit gesicherter Wohlstandigkeit all ihrer Mitglieder, nicht

einmal für wenige Wochen ohne seine ungeschmälernten Regeleinkünfte aus.

Unter dem Druck der Einkommensverluste durch Kurzarbeit, Konkurse und Arbeitslosigkeit kauften mehr Familien bei Lebensmittel-Discountern ein, wodurch die Besitzer von Ladenketten wie Aldi Nord, Aldi Süd und Lidl, die ohnehin zu den vermögendsten Deutschen gehören, noch reicher geworden sein dürften. Schon vorher wurde das Privatvermögen des Eigentümers von Lidl und Kaufland mit 41,5 Milliarden Euro veranschlagt. Auch rutschten mehr Girokonten von Geringverdienern ins Minus, weshalb gerade die ärmsten Kontoinhaber hohe Dispo- und Überziehungszinsen zahlen mussten, was die Besitzer von Banken noch reicher machte.

Kita- und Schulschließungen, die in höheren Jahrgangsstufen größtenteils mit einer beschleunigten Digitalisierung des Unterrichts einhergingen, haben die Bildungsungleichheit durch Benachteiligung von Kindern aus finanzschwachen Familien verstärkt. Häufig fehlten ihnen Rückzugsmöglichkeiten, ein Kinderzimmer und geeignete digitale Endgeräte, die nötig gewesen wären, um den Kontakt zur Schule zu halten und gegenüber materiell besser gestellten Klassenkameraden nicht ins Hintertreffen zu geraten. Ähnliches galt beim Homeschooling in Bezug auf die fehlende Hilfestellung durch akademisch gebildete Eltern und mangelnde kulturelle Anregungen.



PROF. DR. CHRISTOPH BUTTERWEGGE
hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt. Soeben ist zum Thema sein Buch „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“ (PapyRossa) erschienen.

DER HAUPTSTADTBRIEF.
Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter